

Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/10064 –**

Unterstützung für die Ukraine intensivieren – Industrie stärken – Produktion und Lieferung von Munition nachhaltig hochfahren

A. Problem

Mit dem Beschluss „Frieden und Freiheit in Europa verteidigen – Umfassende Unterstützung für die Ukraine“ vom 28. April 2022 forderte der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auf, die Lieferung benötigter Ausrüstung an die Ukraine fortzusetzen, womöglich zu beschleunigen und dabei auch die Lieferung von schweren Waffen und komplexen Systemen vorzunehmen.

Die Lieferung von Großgerät einschließlich erster Munitionspakete habe der Ukraine zwar zu Erfolgen und Geländegewinnen verholfen, nun drohe ihr aber zunehmend die Munition für die gelieferten Waffen auszugehen. Die europäische Industrie sei derzeit nur in der Lage, zwischen 20 000 und 25 000 Artilleriegeschosse pro Monat zu produzieren.

Die EU-Staaten hätten sich unter deutscher Zustimmung darauf geeinigt, der Ukraine innerhalb von zwölf Monaten eine Million Schuss Artilleriemunition bereitzustellen. Seit der Einigung seien substanzielle Lieferungssteigerungen von deutscher Seite ausgeblieben. Auch die Munitionsbestände der Bundeswehr befänden sich auf einem bedrohlich niedrigen Niveau, sodass eine Munitionsabgabe an die Ukraine aus Bundeswehrbeständen auf Dauer keine Option sei. Mit den vorhandenen Beständen könne auch die NATO-Vorgabe des 30-Tage-Vorrats nicht erfüllt werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/10064 abzulehnen.

Berlin, den 20. März 2024

Der Verteidigungsausschuss

**Dr. Marie-Agnes
Strack-Zimmermann**
Vorsitzende

Dr. Joe Weingarten
Berichtersteller

Florian Hahn
Berichtersteller

Sara Nanni
Berichterstatlerin

Alexander Müller
Berichtersteller

Rüdiger Lucassen
Berichtersteller

Dr. Dietmar Bartsch
Berichtersteller

Zaklin Nastic
Berichterstatlerin

Bericht der Abgeordneten Dr. Joe Weingarten, Florian Hahn, Sara Nanni, Alexander Müller, Rüdiger Lucassen, Dr. Dietmar Bartsch und Zaklin Nastic

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/10064** in seiner 148. Sitzung am 19. Januar 2024 dem Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung und dem Auswärtigen Ausschuss, dem Haushaltsausschuss, dem Wirtschaftsausschuss und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Vor dem Hintergrund der erhöhten Beschaffungsbedarfe für Munition sehen die Antragsteller vor, grundsätzliche Voraussetzungen für die unverzügliche Beschaffung zu schaffen. So solle der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern, die im März 2023 vereinbarte Lieferung von einer Millionen Artilleriegeschossen aus der EU mit einem substanziellen deutschen Beitrag zu unterstützen und auf die europäischen Partner einzuwirken, ihrer Selbstverpflichtung ebenfalls nachzukommen. Zudem solle der ukrainischen Bitte nach Munitionslieferung in größtmöglichem Umfang entsprochen werden. Die deutsche Rüstungsindustrie solle nachhaltig beim Kapazitätsaufbau gestärkt sowie Ausrüstungslücken bei der Bundeswehr geschlossen werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 62. Sitzung am 20. März 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppe BSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke die Ablehnung des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 77. Sitzung am 20. März 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung des Antrags.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat den Antrag in seiner 71. Sitzung am 20. März 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 62. Sitzung am 20. März 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppe BSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 62. Sitzung am 20. März 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/10064.

Im Verlauf der Ausschusssitzung führte die **Fraktion der SPD** aus, der Antrag hinke dem zeitlichen Ablauf hinterher, wenngleich eine Erklärung für die Probleme bei der europäischen Initiative wünschenswert sei.

Die **Fraktion der CDU/CSU** äußerte, bei der EU-Initiative müssten den Ankündigungen der Bundesregierung Taten folgen. Dass Russland über die zehnfache Munitionsmenge der Ukraine verfüge, werde von der Bundesregierung ignoriert. Ohne Munition könne die Ukraine den Krieg nicht gewinnen. Auch die Ankündigung weiterer

Abgaben von 10 000 Schuss änderten nichts an der Gesamtsituation. Vielmehr sei die größtmögliche Abgabe von Munition der Bundeswehr und eine Unterstützung der Industrie zum Kapazitätsaufbau sowie zur Erhöhung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr notwendig.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hob hervor, die gestrigen Ankündigungen der Bundesregierung zeigten, dass an der Umsetzung der Forderung nach der Aufstockung von Munitionsvorräten gearbeitet werde.

Die **Fraktion der FDP** unterstrich, im Ziel stimme man dem Ansinnen des Antrags zu, jedoch sehe sie einen anderen Weg dorthin. So sei ein Gesamtplan für die Munition in der deutschen Marktwirtschaft nicht möglich. Auch der Vorrang nationaler Ausschreibungen gegenüber europäischen Ausschreibungen sei schwierig. Man müsse einem gemeinsamen europäischen Ziel folgen, auch, um keine zusätzliche Bürokratie zu schaffen.

Die **Fraktion der AfD** betonte, die Forderung, die Munitionsvorräte der Bundeswehr aufzustocken, sei begrüßenswert, werde jedoch durch die Forderung, möglichst große Munitionsmengen an die Ukraine abzugeben, konkurrenziert. Man müsse die Frage stellen, wie die Stärkung der Bundeswehr zur Kriegstüchtigkeit erreicht werde.

Die **Gruppe Die Linke** führte bei grundsätzlicher Ablehnung ebenfalls aus, der Antrag hinke dem zeitlichen Ablauf hinterher. Es müsse die Frage nach einem europäischen Gesamtplan gestellt werden.

Die **Gruppe BSW** verwies darauf, Deutschland sei bereits der größte Unterstützer der Ukraine und gebe viel aus den Beständen der Bundeswehr ab. Die Frage sei, wie es um die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands stehe.

Berlin, den 20. März 2024

Dr. Joe Weingarten
Berichtersteller

Florian Hahn
Berichtersteller

Sara Nanni
Berichterstellerin

Alexander Müller
Berichtersteller

Rüdiger Lucassen
Berichtersteller

Dr. Dietmar Bartsch
Berichtersteller

Zaklin Nastic
Berichterstellerin

